

Nichthaushaltswirksame Anträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2009

Vorbemerkung:

Die Anträge der Fraktionen sind nach Sachgebieten und soweit möglich nach der Haushaltsgliederung aufgeführt: Sie sind wie folgt bezeichnet:

- a) Anträge der CDU-Fraktion
- b) Anträge der SPD-Fraktion
- c) Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- d) Anträge der Fraktion Freie Wähler und FDP
- e) Anträge der Fraktion Freie Wähler Frauen

Verwaltungshaushalt

1. Vergaben

- a) -
- b) -
- c) Die Vergabestellen der Stadt haben ab sofort die ausführlich genannten Vorgaben als verbindliche Vergabegrundsätze anzuwenden. Bei der Ausschreibung von "gefährdeten" Produkten* ist folgender Passus aufzunehmen:

Berücksichtigung finden nur Produkte, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 (ILO ist die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen) über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit hergestellt sind bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben. Bei Produkten, die in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder verarbeitet worden sind, ist dies durch die Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtung nachzuweisen.

Die Einhaltung dieser Vorgaben ist durch die Anbieter nachzuweisen durch ein anerkanntes Siegel, z. B. durch das Rugmark-Siegel für Teppiche ohne Kinderarbeit bzw. durch das TransFair-Siegel für Agrarprodukte.

Bei Produkten ohne ein anerkanntes Siegel müssen die Anbieter durch einen Verhaltenskodex, eine Sozialklausel oder durch sonstige nachvollziehbare Selbstverpflichtung bestätigen, dass weder sie noch ihre Vorlieferanten die Produkte mittels ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt haben oder dass sie für die angebotenen Produkte aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit betreiben, z. B. zur Rehabilitierung und sozialen Eingliederung betroffener Kinder oder zur Verbesserung der Einkommenssituation der Familien.

Die Selbstverpflichtung ist als Vertragsbestandteil in die Auftragsvergabe aufzunehmen.

Die städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften sind anzuhalten, bei der Auftragsvergabe für "gefährdete" Produkte entsprechend zu verfahren.*

**"Gefährdete" Produkte: Produkte aus Asien, Afrika oder Lateinamerika, die die Stadt Schwäbisch Gmünd, ihre Eigenbetriebe oder Beteiligungsgesellschaften möglicherweise einkaufen, bei denen ausbeuterische Kinderarbeit vorkommt, z. B.*

- Arbeits- und Sportkleidung, T-Shirts, Sportartikel, Bälle, Spielwaren;

- Teppiche und Heimtextilien, Lederwaren;

- Agrarprodukte wie Kaffee, Kakao, Tee oder Orangensaft;

- Natursteine und Pflastersteine (z. B. aus China).

d) -

e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Vorgaben werden, soweit es vergaberechtlich zulässig ist, beachtet.

2. Prävention und Bekämpfung von Kriminalität

a) Beratung durch externe Fachleute bei der Durchführung der Prävention und Bekämpfung von Kriminalität.

b) -

c) -

d) -

e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Schwäbisch Gmünd engagiert sich im Hinblick auf ein sicheres Gmünd in vielfältiger Art und Weise. Dennoch darf nicht außer Acht bleiben, dass die Bekämpfung der Kriminalität Aufgabe der Polizei ist. Im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention agieren Stadt und Polizei gemeinsam.

Es ist unbestritten, dass sich die Stadt Schwäbisch Gmünd in der kommunalen Kriminalprävention weit mehr engagiert, als alle anderen vergleichbaren Städte. Im Rahmen dieser Präventionsmaßnahmen waren in der Vergangenheit schon einige externe Fachleute vor Ort, so z.B. Prof. Dr. Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen, die im Wesentlichen unsere Bemühungen sehr positiv bewertet haben.

Im November 2009 wird in Schwäbisch Gmünd der 1. Gmünder Präventionstag durchgeführt. Es ist vorgesehen, zu dieser Veranstaltung externe Fachleute als Referenten einzuladen.

3. Umweltzone

- a) -
- b) -
- c) Sachstandsbericht zur Umweltzone geben.
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Dem Gemeinderat wird in Kürze ein Sachstandsbericht zur Umweltzone vorgelegt.

4. Zukunftssicherung Schulen

- a) Für die Zukunftssicherung unserer Schulen soll auf der Basis der neuesten demografischen Erkenntnisse eine Gesamtkonzeption bis Ende April entwickelt und im Gemeinderat behandelt werden.
- b) -
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Am 21.04.2009 hat der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg die schulgesetzlichen Änderungen der Werkrealschule gebilligt und zur Anhörung freigegeben. Noch vor der Sommerpause soll die endgültige Entscheidung über das Werkrealschulkonzept des Landes erfolgen.

Die Stadtverwaltung hat nun die Möglichkeit, einen Vorschlag im Hinblick auf die Gesamtentwicklung der Hauptschulen zu erarbeiten. Erste Gespräche sollen mit den Schulleitungen vor der Sommerpause geführt werden. Das Konzept wird im September in den Gemeinderat bzw. in die Ortschäftsräte eingebracht werden.

Die aktuellen Daten für ein Gesamtkonzept (für alle Schularten) inklusive eines ersten Bildungsberichts werden am Jahresende im Gemeinderat vorgestellt.

5. Aufenthaltsraum für auswärtige Schüler

- a) -
- b) Die Stadtverwaltung kümmert sich darum, dass für auswärtige Schüler, die morgens mit dem Bus zur Schule kommen, bis Unterrichtsbeginn ein Aufenthaltsraum im Schulgebäude zur Verfügung steht.

- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein Aufenthaltsraum bzw. eine Aufenthaltsmöglichkeit für auswärtige Schüler besteht an jeder Schule.

6. Schüler- und Studentenrabatt für Konzertbesuche

- a) -
- b) -
- c) -
- d) Festsetzung der Preise für Konzertbesuche von Schülern und Studenten auf pauschal 5 € pro Person.
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Rahmen der kulturellen Grundversorgung bietet die Stadt Schwäbisch Gmünd folgende Konzerte an (in Klammern die Preise für Schüler und Studenten):

- Schwörhaus Konzerte (4 €, Eintritt frei für Schüler der Städtischen Musikschule)
- Ohren auf! Konzerte für kleine Leute (4 €)
- Konzerte im Prediger (6 €)

Schülergruppenkarten für Veranstaltungen im Rahmen der Musiktheater-Reihe im Congress-Centrum Stadtgarten kosten 5 €, ansonsten erhalten Schüler und Studenten generell 50 % Ermäßigung. Diese vergleichsweise großzügige Regelung gilt sogar für das Festival Europäische Kirchenmusik: Hier bezahlen Schüler und Studenten zwischen 4,50 € (Orgelkonzerte) und 10 € (billigste Karte für das teuerste Konzert).

Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen schlägt die Verwaltung vor, es bei dieser Differenzierung zu belassen und die Kartenpreise für Schüler und Studenten nicht auf einheitlich 5 € anzuheben bzw. abzusenken.

7. Sprachförderung

- a) Um die individuelle Sprachentwicklung optimal zu unterstützen und zu fördern, sollen Sprachförderungsmaßnahmen im Rahmen des Sprachförderprogramms der Landesstiftung an denen alle Kindergärten teilnehmen können, beantragt werden.
- b) -
- c) -

d) -

e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Jeder Kindergarten, der einen Förderbedarf anmeldet, wird vom Sozialamt in das Antragsverfahren mit aufgenommen.

8. Jugendplan

a) -

b) -

c) Jugendplan umsetzen und veröffentlichen.

d) -

e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Der kommunale Jugendplan wurde am 16.03.2009 im Sozialausschuss behandelt. Er wurde der Gemeinderatsdrucksache 034/2009 als Anlage beigefügt. In der Sitzung wurden die wichtigsten Maßnahmen der Umsetzung erläutert. Über die Umsetzungen wird zu gegebener Zeit berichtet.

9. Integration

a) -

b) -

c) Die Auswertungen der Repräsentativumfrage efms veröffentlichen.

d) -

e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Integrationsbericht mit den Auswertungen der Repräsentativumfrage des efms wurde am 18.02.2009 in der gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses und des Integrationsbeirats vorgestellt. Bericht ist veröffentlicht unter www.schwaebisch-gmuend.de

10. Kinderbetreuung

- a) -
- b) Die Stadtverwaltung berichtet im Sozialausschuss, in welchen Einrichtungen eine Kinderbetreuung von mehr als 6 Stunden am Tag angeboten werden kann.
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Diese Art der Ganztagesbetreuung wird an nachfolgenden Einrichtungen durchgeführt:

- Kindertagesstätte Rupert Mayer, Paradiesstraße
- Marienheim, Mohrengässle
- St. Elisabeth, Szekesfehervarer Straße
- St. Maria, Goethestraße
- Regenbogenland, Universitätspark
- Kinderhaus Kunterbunt, Rauchbeinstraße
- Kinderinsel, An der vorderen Halde

Wenn ein substantieller zusätzlicher Betreuungsbedarf geäußert wird (wie z.B. in Großdeinbach, Hardt) dann kann in diesen Einrichtungen die Kinderbetreuung auf mehr als 6 Stunden pro Tag ausgeweitet werden.

11. Bildungshaus Lindach

- a) Bericht über die Erfahrung vom Bildungshaus in Lindach, in dem 3- bis 10- jährige Kinder gemeinsam lernen.
- b) -
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Wenn das Projekt eingerichtet ist, wird zu gegebener Zeit darüber berichtet.

12. Hallenbelegung und Hallengebühren

- a) Die Stadtverwaltung möge prüfen und bis Ende März 2009 Bericht erstatten, ob eine Möglichkeit besteht, die Sporthallen in Gmünd weitergehend in der Ferienzeit durch die Vereine und Organisationen zu nutzen, selbstverständlich außerhalb der benötigten Reinigungszeiten.

Die Stadtverwaltung soll bis Ende März einen Vergleich über die Höhe der Hallengebühren in den benachbarten Gemeinden Mutlangen, Waldstetten, Heubach, Lorch vorlegen. Die Gmünder Vereine beklagen die Höhe der Hallengebühren.

- b) -
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Bislang gilt folgende Regelung:

Die städtischen Sport- und Mehrzweckhallen sind in den Weihnachtsferien, Pfingstferien und Sommerferien geschlossen. Für den Leistungssport bzw. für Trainingsanfragen im Ballsportbereich werden abwechselnd während der Sommerferien die große Sporthalle in der Katharinenstraße, die Römersporthalle und die Uhlandhallen zur Verfügung gestellt. Für die Ferienbelegung wird jeweils eine Bedarfsabfrage durchgeführt und ein entsprechender Belegungsplan erstellt.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde die Regelung der Öffnungszeiten in den Sommerferien bedarfsgerecht flexibler gestaltet.

Aufgrund steigender Anfragen und des meist unmittelbar im Anschluss an die Ferien beginnenden Ligabetriebs wird künftig folgende Regelung vorgeschlagen:

- Die Sport- und Mehrzweckhallen bleiben – abgesehen von dringendem Trainingsbedarf im Ausnahmefall während der Weihnachtsferien geschlossen. Erfahrungsgemäß pausieren in dieser Zeit alle Aktivitäten.
- Die Sport- und Mehrzweckhallen bleiben mit Ausnahme der reinen Schulsporthallen während der Pfingstferien geöffnet.
- Während der Sommerferien bleiben folgende Sport- und Mehrzweckhallen geöffnet:
 - große Sporthalle in der Katharinenstraße
 - Römersporthalle Straßdorf
 - Uhlandhallen Bettringen
 - Turnhallen Friedensschule
 - Scheuelberghalle Bargau
- Alle weiteren Sport- und Mehrzweckhallen werden während der Sommerferien komplett geschlossen. Bei den geöffneten Hallen muss eine 2-wöchige Schließung für die Grundreinigung und Instandhaltung erfolgen. Diese wird zeitlich abgestimmt.
- Die Hausmeisterbetreuung der in den Ferienzeiten geöffneten Sport- und Mehrzweckhallen wird über den städtischen Hausmeisterpool organisiert.
- Damit kann dem Bedarf des Leistungssports sowie der Ballsportarten Rechnung getragen werden.
- Die Regelung gilt ab sofort

Eine Vergleichsaufstellung über die Höhe der Hallenbenutzungsgebühren in den benachbarten Gemeinden liegt als Beilage 1 bei.

In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass die Schwäbisch Gmünder Vereine nicht die unmittelbaren Hallengebühren (Grundmiete) beklagen, sondern die gemäß der Entgeltordnung hinzukommenden Ersätze für Hausmeisterdienste und Reinigung.

13. Energiekonzept

- a) -
- b) a.) Die Stadt Schwäbisch Gmünd wird Mitglied bei EUROSOLAR, der europäischen Vereinigung für erneuerbare Energien e.V.
- b.) Die Stadtwerke installieren weitere 100.000 m² Photovoltaikflächen auf Dächern städtischer Gebäude oder auf Gebäuden Privater. Die Finanzierung erfolgt in Zusammenarbeit mit einem regionalen Bankinstitut über ein Bürgeranteilmodell, wie schon einmal umgesetzt.
- c.) Bis spätestens 30.4.2009 wird sichergestellt, dass alle Schulen, Kindergärten und alle Verwaltungsgebäude in das Energiesparprojekt einbezogen werden.
- d.) Die Stadtwerke werden beauftragt, bis Mitte 2009 ein Modell zur Straßenbeleuchtung zu erarbeiten, das eine Reduzierung des erforderlichen Stromaufwandes von 50 % innerhalb eines Zeitfensters von 5 Jahren realisiert. Hierbei ist anzustreben, dass die notwendigen Investitionen durch die einhergehenden Verbrauchskosteneinsparungen finanziert werden.
- e.) Der Energiebericht 2008 ist spätestens bis 30.4.2009 dem Gemeinderat vorzulegen.
- c) Vor Vergabe des Konzepts (energieeffiziente Stadt) ist eine Beauftragung des IFEU-Instituts zu prüfen, da dieses Institut gegenüber den im Vorfeld beauftragten, die weit größere Erfahrung und Referenz vorweisen kann.
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu b):

- a) Den Schwerpunkt im Bereich Klimaschutz sieht die Stadt in der Umsetzung von konkreten Projekten zur Energieeinsparung bzw. Energieeffizienz und unter Einsatz von regenerativen Energien.
- b) Nach derzeitigem Stand sind ca. 3.000 m² Dachfläche städtischer Liegenschaften mit Fotovoltaikanlagen genutzt. Für weitere 4.000 m² Dachfläche wird momentan die Fotovoltaiknutzung geprüft bzw. geplant. Der Bau von Fotovoltaikanlagen ist aus wirtschaftlichen Gründen nur auf sanierten bzw. neuen Dachflächen sinnvoll. Sobald weitere sanierte Dachflächen zur Verfügung stehen, werden diese auf Eignung zur Fotovoltaiknutzung geprüft. Die Bestückung mit Solarmodulen ist wegen des Denkmalschutzes auf innerstädtischen Dachflächen nicht möglich.

Eine Stellungnahme der Stadtwerke zur Nutzung von privaten Dachflächen wird bei Bedarf nachgereicht.

- c) In das Energiesparprojekt können die Kindergärten und Verwaltungsgebäude mit aufgenommen werden, wenn die Betreuung des Projektes nach außen vergeben wird.
Eine Erweiterung des Projekts mit vorhandenem städtischen Personal ist nicht möglich.
- d) Bereits erledigt mit Gemeinderatsdrucksache Nr. 161/2008
- e) Der Energiebericht für das Jahr 2008 wird in der Juli-Sitzung im BUA vorgestellt.
Ein früherer Termin ist generell nicht möglich, da die Jahresabrechnungsdaten der einzelnen Energielieferer erst im März des darauffolgenden Jahres vorliegen.

Zu c):

Mit den Partnern MVV Energiedienstleistungen GmbH, BFE GmbH und IWTI GmbH arbeitet die Stadt seit Juli 2008 im Projekt „Energieeffiziente Stadt“ zusammen. Die Strata GmbH wurde erst später am Vorhaben beteiligt. Die Stadt bewarb sich gemeinsam mit diesen Büros um die Aufnahme in den Wettbewerb „Energieeffiziente Stadt“.

Mit den beteiligten Partnern – MVV Energiedienstleistungen GmbH, BFE GmbH, Strata GmbH und IWTI GmbH – konnten bisher gute Erfahrungen gesammelt werden. Der Erfolg, von 75 Projektteams in die nächste Runde mit lediglich 15 Projektteams ausgewählt zu werden, spricht für die Qualität und Kompetenz dieser Partner.

Die Verwaltung wird im Zuge der Weiterentwicklung des Projektes, auf neue Projektanforderungen ggf. mit der Aufnahme neuer Partner oder einem Austausch von Partnern reagieren. Eine Beteiligung des IFEU Instituts Heidelberg kann für diesen Fall geprüft werden.

14. Bocksgasse 3

- a) -
- b) -
- c) -
- d) -
- e) Sachstandsbericht bezüglich Glasfassade Neubau neben Mohren- Naze.

Stellungnahme der Verwaltung:

Ist erledigt (siehe Beschlussfassung im Gemeinderat am 08.04.2009).

15. Entscheidungen nach §§ 34-36 BauGB

- a) Änderung der Hauptsatzung dahingehend, dass der Gemeinderat bzw. Bau- und Umweltausschuss wieder für Entscheidungen gem. §§ 34-36 BauGB zuständig sind.
- b) -
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Hauptsatzung sieht bereits vor, Fälle von städtebaulicher oder grundsätzlicher Bedeutung im Gemeinderat zu behandeln. Von einer Beratung aller Entscheidungen, die den §§ 34-36 unterfallen, wird aufgrund der Vielzahl der Fälle und der sehr engen Fristen im Genehmigungsverfahren eindeutig abgeraten.

16. Parksituation

- a) Die Stadtverwaltung möge eine Untersuchung zur Parksituation in Schwäbisch Gmünd anstellen. Insbesondere ist die Angemessenheit der Parkgebühren, richtige Wahl der freien Zeiten etc. im Hinblick auf die umliegenden Städte zu prüfen.
- b) -
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadtverwaltung erarbeitet derzeit eine Vorlage zur Parksituation allgemein und zur Angemessenheit der Parkgebühren im Besonderen.

Derzeit werden von der Stadtverwaltung Überlegungen angestellt, ob auch in Schwäbisch Gmünd das Handy-Parken eingeführt wird. Hierzu finden derzeit Gespräche mit entsprechend Anbietern statt. Da mit der Einführung des Handy-Parkens auch die Gebührenstruktur der öffentlichen Parkflächen überarbeitet werden muss, würde eine Umstellung zum jetzigen Zeitpunkt wenig Sinn machen.

Die Vorlage wird nach den Sommerferien in den Gemeinderat eingebracht.

17. Cross-Border Leasing

- a) -
- b) -

- c) Wir erwarten einen detaillierten Bericht und Aufstellung der Verluste aus CBL.
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein Bericht wird zugesagt. Verluste sind nicht zu verzeichnen.

18. Kleine Stadtpläne

- a) Erstellen von kleinen Stadtplänen für Touristen, wo Sehenswürdigkeiten, Museen, auch öffentliche bzw. „nette“ Toiletten eingezeichnet sind.
- b) -
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Derzeit sind im i-Punkt sechs verschiedenartige Stadtpläne in unterschiedlichen Formaten und für unterschiedliche Zielgruppen erhältlich. Im Juli dieses Jahres wird das Angebot um einen Stadtplan für Kinder erweitert. Eine Herausgabe eines weiteren Stadtplans wird deshalb nicht für notwendig erachtet.

Ortsangaben über öffentliche Toiletten können in die Neuauflagen der Stadtpläne aufgenommen werden.

Eine Markierung der „netten Toiletten“ in den Stadtplänen ist nicht sinnvoll, da die anbietenden Gastronomiebetriebe häufig wechseln. Das aktuelle Angebot der „netten Toiletten“ ist auf der städtischen Homepage im Internet abrufbar. Darüber hinaus ist im i-Punkt eine aktuelle Auflistung erhältlich.

19. City- Center

- a) -
- b) -
- c) -
- d) -
- e) Sachstandsbericht City-Center Erweiterung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Sachstandsbericht erfolgt noch vor der Sommerpause.

20. Büroflächen für Unternehmen

- a) -
- b) -
- c) -
- d) -
- e) Was hat die Stadt der Firma Weleda an Büroflächen angeboten, gibt es Angebote?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Weleda AG hat von der Stadtverwaltung ein ausführliches Exposé erhalten, in dem die Stadtverwaltung sowohl kurzfristig verfügbare, als auch mittel- und langfristig entstehende Büroflächen angeboten hat. Derzeit zeichnet sich eine Übergangslösung in einem bestehenden Objekt ab, langfristig ist eine Unterbringung in den neuen Büroflächen am westlichen Stadtentree angedacht.

21. ÖPNV

- a) -
- b) Die Stadtverwaltung prüft im Zusammenwirken mit der Landkreisverwaltung, inwieweit im Stadtverkehr ab 19 Uhr abends ein kostengünstiges Busticket bzw. -Abonnement eingeführt werden kann.
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung prüft zusammen mit dem Landratsamt, ob im Rahmen der kreisweiten Fahrpreiskooperation ein kostengünstiges Busticket für den Stadtverkehr in den Abendstunden angeboten werden kann.

22. Kreisumlage - Leistungen des Landkreis

- a) -
- b) -
- c) Aufstellung der Leistungen, die der Landkreis als Gegenwert für die Kreisumlage für die Stadt tätigt.
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung bemüht sich beim Landkreis eine entsprechende Zusammenstellung zu erhalten.

Vermögenshaushalt

23. Hallenbad, Schwimmhalle

- a) Die Stadtverwaltung möge prüfen, ob eine Möglichkeit besteht, für den Schwimmverein und die Gmünder Schulen eine Schwimmhalle zu Trainings- bzw. Übungszwecken in die Erde eingegraben im Unipark neben der neuen Sporthalle zu errichten.
- b) Die Bäderbetriebe werden beauftragt, eine Untersuchung anzustellen,
 - a.) welche Kosten eine komplette energetische Sanierung des Hallenbads verursachen würde,
 - b.) welche Kosten ein völliger Neubau des Hallenbads verursachen würde, und zwar mit einem 50 Meter Schwimmbecken.
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu a):
Der unterirdische Bau einer Schwimmhalle neben der neuen Sporthalle im Unipark ist aus bautechnischen, funktionalen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich.

Zu b):

Die Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd haben Angebote zur Erstellung eines Gutachtens eingeholt und inzwischen die Firma Fritz Planung GmbH mit der Erstellung eines Gutachtens zum Vergleich der Kosten einer energetischen Sanierung und der Kosten eines Neubaus des Gmünder Hallenbades beauftragt.

Sobald das Gutachten vorliegt wird dieses dem Gemeinderat vorgestellt.

24. Heizanlagen - Hackschnitzel oder Pellets

- a) -
- b) -
- c) Neben den fachtechnischen Aspekten der jeweiligen Anlage ist Projektweise zu klären, ob Hackschnitzel oder Pellets im Einzelfall ökologisch vorzuziehen sind.
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Ob und welche Art von regenerativen Energien bei der Sanierung oder beim Neubau von Heizungsanlagen fachtechnisch und ökologisch sinnvoll ist, wird in jedem Einzelfall verantwortungsbewusst geprüft.

25. Sanierungsmaßnahme "Weißensteiner Straße"

- a) -
- b) -
- c) -
- d) -
- e) Sachstandsbericht Erhard- Areal.

Stellungnahme der Verwaltung:

Derzeit werden alternative Konzepte im Hinblick auf eine wirtschaftlich tragfähige Lösung untersucht. Ferner besteht noch Abstimmungsbedarf hinsichtlich der einzubindenden Nutzungen. Sobald diese Untersuchungen abgeschlossen sind, erfolgt eine Behandlung im Gemeinderat.

26. Vorgezogene Investitionen

- a) -
- b) Die Stadtverwaltung unterbreitet dem Gemeinderat eine Auflistung mit Investitionen, die zeitlich vorgezogen werden können, damit schon im Frühjahr 2009 Aufträge vergeben werden können, die das örtliche Gewerbe unterstützen.
- c) -
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine vorgezogene Vergabe 2.BA Flachdachsanierung Mozartschule erfolgte im Mai diesen Jahres. Im Übrigen wird auf die Maßnahmen im Rahmen des Investitionsprogrammes des Bundes (Konjunkturpaket II) verwiesen.

27. Ehemaliger Schlachthof

- a) -
- b) -
- c) Konzeption zur Nutzung, bzw. Vermarktung des alten Schlachthofes. Eventuell Parkierung während der LGS.
- d) -
- e) -

Stellungnahme der Verwaltung:

Für den Schlachthof liegen der Verwaltung derzeit Anfragen auf zeitlich beschränkte Nutzungen durch die Fa. Mixtown für Lager-, Büro- und Verkaufsflächen für das vordere Gebäude und durch Herrn Warczywoda für die Einrichtung einer Lounge im Mittelbereich des hinteren Gebäudes vor. Die Verwaltung beabsichtigt, in den Verträgen Ausstiegsklauseln vorzusehen, die bei einer städtebaulichen Entwicklung des Geländes die vorzeitige Beendigung des Mietverhältnisses ermöglichen.

Der Aussenbereich ist derzeit in Teilen an die Fa. Bickhardt Bau als Lager bzw. Parkfläche für Baufahrzeuge vermietet.

Hospitalstiftung

28. Grundvermögen

- a) -
- b) Die Stadtverwaltung berichtet dem Gemeinderat bis 31.03.2009, welche Interessenten mit welchen Nutzungsabsichten für das Deyhle-Areal vorhanden sind.
- c) Konzeption zur Vermarktung Deyhle-Areals. Verkauf an einen geeigneten Bauträger.
- d) -
- e) Sachstandsbericht Deyhle-Areal.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Konzeption mit Wohnbebauung wurde im Bau- und Umweltausschuss am 08.04.2009 vorgestellt und vom Gremium positiv aufgenommen. Derzeit werden Gespräche mit den Investoren geführt.